

# Dresdner Volkszeitung

Verlagskontor: Dresden  
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagskontor: Schönl. Staatsbau, Dresden.  
Bank der Arbeiter, Anstalten  
und Beamten, K. O. Dresden.  
Verleger: Kretschmer, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtsbauhmannschaft Dresden

Der Inhalt von Schriften irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Genehmigung des Verlegers, ist ohne Rücksicht auf die Verurteilung des Verlegers oder auf die Verurteilung der Schrift.

Abonnementpreis einschließlich Frachtkosten mit der nächsten Unter-  
postung: 2,00 Mk. (vierteljährlich 1,20 Mk., halbjährlich 2,40 Mk.,  
jährlich 4,80 Mk.). Einzelnummern 10 Pf.  
Telegraphisch: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Wittenbergstr. 10, Dresden, Nr. 2351. Schreib-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wittenbergstr. 10, Dresden, Nr. 2351 und 1277.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 10 um breite Raumzeile  
für 20 Zeilen, die 50 mm breite Raumanzeige 250 Pf., für ausserordentliche  
Anzeigen 40 Pf. und 250 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Ver-  
mittlung 40 Pf. Pro Raumanzeige. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 233

Dresden, Donnerstag den 4. Oktober 1928

39. Jahrg.

## Der proletarische Wille

Die Masse und die sozialdemokratische Kampfdisziplin — Es lebe die Sozialdemokratie!

A. Wien, 4. Oktober. (Fig. Junkspruch.) Der sozialdemo-  
kratische Parteivorstand erläßt einen Aufruf, worin er  
sagt, daß die Entschlossenheit, dem provokatorischen Aufmarsch  
in Wien am Sonntag den 4. Oktober eine massenhafte  
sozialdemokratische Kundgebung entgegenzustellen, ihre Wirkung getan  
hat.

„Zuerst wollten die Faschisten eine Generalprobe für den  
„Krieg nach Wien“ veranstalten. Jetzt soll es nur noch ein  
„Kriegsaufmarsch“ sein. Der Sonntag muß zeigen, daß die Ar-  
beiter entschlossen sind, jedem Einbruch des Faschismus  
mit unüberwindlicher Masse entgegenzutreten.“

Die Regierung steht völlig unter dem Diktat der  
Faschisten. Um so notwendiger ist es, den Aufmarsch  
am Sonntag alle nach Wien zu führen! Wir gehen  
nach Wien, um nicht nur eine Schlacht zu schlagen, sondern  
um zu zeigen, daß die Arbeiter den Faschisten eine Masse entgegen-  
stellen können, die unüberwindlich größer ist als das Heer der  
Faschisten. Gewalttätige Zusammenstöße müssen  
unvermeidlich werden! Die Faschisten werden  
auf der einen, die Kommunisten auf der anderen Seite  
den Zusammenstoß provozieren. Deshalb erklären wir: Jeder,  
der gewalttätige Zusammenstöße provoziert, ist ein leicht-  
sinniger Feind oder ein Schurke. Wir erwarten, daß unsere  
Kameraden sich gegen alle Provokationen und Verleumdungen  
hart und rücksichtslos einschreiten.

Kommt in so ungeheurer Zahl, daß der Aufmarsch  
im Heerweg zu einer gefährlichen Situation der Aufschüchterung  
und damit so feste Disziplin, daß der 7. Oktober zur  
Veranschaulichung der Kraft und Selbsttätigkeit wird, und daß alle  
Kameraden an der Masse und inneren Kraft der Arbeiterklasse  
festhalten!

Wieder mit dem Faschismus, es lebe die Frei-  
heit, es lebe die Sozialdemokratie!

### Verteilung des Aufmarschgeländes

A. Wien, 3. Okt. (Fig. Drahtler.)

Am Mittwoch ist zwischen den Parteien über die Durch-  
führung der beiden Aufmärsche in Wien  
Ergebnisse der Verhandlungen zustande gekommen. Danach  
werden sich die Heimwehrverbände, in der Nacht vom Sonn-  
abend zum Sonntag, und zwar von Mitternacht bis 8 Uhr früh, in  
Wien einmarschieren und auf dem Ringelbahnplatz auf-  
stellen. Der Aufmarsch muß  
um 9 Uhr früh erfolgen. Die Verbände der Republi-  
kanischen Schutztruppe treffen bereits am Sonntag um  
10 Uhr abends und um 12 Uhr nachts mit Sonderzügen auf dem  
Bahnhof in Wien ein und marschieren von dort

aus in ihre Quartiere. Am Sonntag versammeln sie sich um  
8 Uhr früh auf verschiedenen Plätzen der Stadt.

Die Kundgebungen selbst sind so geordnet, daß am Sonntag  
die Heimwehr ihre Kundgebungen auf dem Hauptplatz abhält.  
Sie hat sich verpflichtet, ihre Kundgebungen gegen 11 Uhr  
zu beenden. Am Nachmittag findet dann die sozialdemo-  
kratische Kundgebung statt. Während dieser Aufmärsche  
und Kundgebungen wird eine neutrale Zone gezogen, die  
durch Sicherheitsorgane hermetisch abgeschlossen wird. Zwischen  
11 und 11.30 Uhr tritt eine Pause ein, damit die Sicherheits-  
organe ihre Aufstellung beenden und auch für Abklärung sorgen kann,  
um am Nachmittag die sozialdemokratische Kundgebung zu ermög-  
lichen.

Der Heimtransport der Formationen des republikanischen  
Schutzbundes erfolgt erst, wenn der letzte Zug mit Heimwehrläuten  
abgefahren ist. Unter diesen Umständen dürfen die Kundgebungen  
am Sonntag ruhig verlaufen.

### Die faschistische Gefahr

A. Wien, 3. Okt. (Fig. Drahtler.)

Die Sozialdemokratische Fraktion brachte am Mittwoch im  
Nationalrat folgende dringliche Anfrage ein:

„Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß die  
sozialdemokratische Partei zu einer ersten Gefahr für  
die demokratische Entwicklung der Republik und für  
den Frieden im Land geworden sind. Die Heimwehren sind all-  
mählich zu faschistischen Formationen entartet, die  
immer offener mit dem gewalttätigen Umsturz der  
republikanischen Verfassung drohen. Diese Ent-  
wicklung hat selbstverständlich zur Folge, daß die verfassungstreue  
republikanische Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterklasse, ge-  
zwungen ist, sich gegen diese Gefahr zu wehren. Un-  
geachtet der durch diese Entwicklung verursachten Gefahren  
sind wir an die Bundesregierung die Frage, ob sie bereit ist,  
Verhandlungen mit den parlamentarischen Parteien über die  
innere Abklärung einzuleiten.“

In seiner Begründung führte Dr. Krenner aus, daß die  
Heimwehren illegale bewaffnete Organisationen seien, für die keine  
politische Partei die Verantwortung trage und die auch keine Ver-  
antwortung gegenüber der Bevölkerung hätten. Gefährlich würden  
die Heimwehren von einem Hauptmann Fahl, einem im  
Deutschen Reich hochberühmten verurteilten Hochver-  
räter. Seine Tätigkeit führe zu einer Wagedonierung  
Österreichs. Daher sei es Aufgabe aller Parteien, dieser  
Entwicklung zu steuern und für die Befriedung des Landes zu  
sorgen. Die Regierung sei bereit, nach dem 7. Oktober über die  
innere Abklärung zu verhandeln. Zur Verteilung des inneren  
Friedens gehöre aber die Abschaffung des Terrors von jeder Seite.  
Die Sozialdemokraten werden bestimmte Anträge  
über die Abrüstung der bewaffneten Heimwehren  
stellen.

## Ergebnisse der Reichsbannertagung

Mit dem Treuegelöbnis für die freie, soziale Republik  
ist die Bundesversammlung geschlossen worden, und  
neue Statuten werden ihre Wirkung aus-  
strahlen über alle Gauen, begeistern oder kritisch stimmen, je  
nach der Eigenart des Gaus und nach dem Temperament  
der einzelnen Delegierten. Wer so mitten im Meinungs-  
kampf steht wie das Reichsbanner, wer so mit Faschisten und  
Kommunisten, mit Bürgerlichen und Sozialisten, mit  
Landes- und Nichtlandes zu rechnen hat, wer so unter der  
Kontrolle und der Kritik mehrerer Parteien und Gewerk-  
schaften steht, der muß alle Hände rühren, um nicht erdrückt  
zu werden, der muß feststehen, um nicht umgestoßen zu wer-  
den. — Das — in aller Leidenschaft sei es ausdrücklich be-  
merkt — nicht geschafft werden muß und auch nicht gekocht  
werden kann mit überlauer Schulmeisterlei — und Ansehen-  
sucht. Symptomatisch war, daß zwar Genosse Stel-  
ler, ein Reichsbanner höchstes Lob im Namen und Auftrag  
des R. B., sollte, daß aber Zentrum- und Demokraten  
nur im Namen der Partei-Kameraden be-  
sprachen. Allerdings fanden gerade die Demokraten  
in der erfrischenden Töne, wie wir sie seit langen Jahren  
nicht mehr in Sachsen hören. Einige  
sahen alle darin, daß zur Abwehr über Diktaturverfälschung  
von rechts und links die geschlossene organisatorische Abwehr  
bedeutend nötig ist. Zum Teil fand die Versammlung statt  
unter dem Einfluß der vermittelnden Hamburger Vorgänge.

Die lebhafteste Aussprache, die man sich die entgegen-  
gestellten Ansichten zeigte, und die Fälle der vor und wäh-  
rend der Tagung eingebrachten Anträge, bewiesen, was wir ja  
schon angedeutet hatten, daß das Reichsbanner noch stärker  
als die politischen Parteien von der Struktur der einzelnen  
Klassen und der politischen Konstellation in den einzel-  
nen Gauen beeinflusst wird.

Die wichtigsten Vertreter, die im Gefühl einer  
guten Zusammenarbeit nach Hannover kamen, mußten er-  
kennen, daß weite Kreise — von Reichsausgleichsmitgliedern  
bis zu Gauvertretern — weite Strecken mit den Sachsen  
marschieren. Ostfischens Wünsche und Ansichten klangen  
wider in mancher Debatte. Die Reden der Delegierten  
zeigten, daß das Reichsbanner nicht der Bund der sonst Unorgani-  
sierten sein sollte, und die Ansicht mehrerer Redner, daß das  
Reichsbanner Mittel zum Zweck sei, bekräftigten die Ein-  
stellung des ostfischischen Reichsbanners.

Die Bundesversammlung hat dem Reichsbanner  
ein neues Statut gegeben. Mit großer Mehrheit wurde  
es angenommen nach langwierigen, hin und her wogenden,  
stundenlangen Debatten. Das es verbindlich ist für alle  
Teile des Reichsbanners, ist selbstverständlich, aber ebenso  
selbstverständlich ist, daß in den Reichsbannerkreisen die Dis-  
kussion über dieses Statut sehr gründlich aufgenommen wer-  
den wird, da einmal die einzelnen Bezirke leider vorher keine  
Gelegenheit hatten, zu dem neuen Statut Stellung zu  
nehmen, und da es in sehr wichtigen Teilen gegen eine sehr  
bedeutende Minderheit angenommen wurde, zu der  
die Vertreter Ostfischens gehörten.

So kommen die Vertreter mit einem gestärkten Mo-  
tus von Fragen und Arbeit nach Hause. Die Frage, ob Genosse  
Kleinert Gauvorsitzender bleiben kann, ist nicht entschieden  
worden, der neue Bundesvorsitzende soll sich noch einmal damit  
befassen. Wenn die Zurückverweisung an den Bundesvor-  
stand überhaupt Sinn haben soll, so doch nur den, daß vom  
neuen Vorstand ein anderer Beschluß erwartet wird.  
Die Probleme, die dem Reichsbanner gestellt sind, wer-  
den — wenigstens zum Teil — für die nächste Zeit gelöst.  
Die Entwicklung wird weitergehen, schon die nächste Zeit  
muß zeigen, wie weit die gemeinsamen Wege gegangen wer-  
den können. Die Reichsbannerkameraden Ostfischens wer-  
den, wie bisher auf dem Posten sein als getreue Pioniere  
daran, die aus Kämpfern und Dunkelheit zur Sonne und  
zur Freiheit streben!

W. Fr.

## Stahlhelm-Reaktion

Der Stahlhelm hat im Bunde mit der Deutschnationalen  
Volkspartei ein „Volksbegehren gegen die Weimarer Ver-  
fassung“ angekündigt, dessen Text zur Zeit noch nicht  
bekannt ist, aus der sozialen und politischen Rolle des „Stahl-  
helms, Bund der Frontkämpfer“ jedoch nicht schwer zu er-  
raten ist.

Dieser von reaktionären Offizieren geführte und von der  
Masse der Kleinbürger- und Bauernschaft getragene angebliche  
Frontkämpferbund will mehr oder minder nichts anderes als  
die Diktatur einer bürgerlichen und industriellen Herren-  
schaft über das städtische und ländliche Prole-  
tariat.

Wie es mit der „sozialen Tätigkeit“ dieser  
gelben aller gelben Verbände bestellt ist, beweist das  
„Stahlhelmführer-Handbuch“, das vor einiger  
Zeit folgende Anweisungen herausgegeben hat:

„Die Arbeitsvermittlung ist grundsätzlich  
Angelegenheit der Ortsgruppen. In den Mitteilungs-  
blättern werden Anträge erlassen, in denen die Kameraden  
aufgefordert werden, ihren Stahlhelmkameraden bei der  
Beschaffung von Arbeit beizustehen. Die Bundesleitung  
hat mit verschiedenen Spitzenverbänden  
verhandelt, um den Ortsgruppen ihre Tätigkeit zu er-  
leichtern. Die Bundesleitung ist schon jetzt in der Lage,  
nicht nur einzelne Kameraden, sondern ganze  
Gruppen, die in geeigneter Weise zusammengefaßt sind,  
gemeinsam unterzubringen.“

Diese unbefriedigenden Stellenvermittlungen des Stahl-  
helms haben in einer Anzahl kleinerer Industriezweige einen  
solchen Einfluß, daß heute Arbeitnehmer dort dem Stahlhelm  
beitreten, weil sie hoffen, dadurch leichter Arbeit zu erhalten.  
Außerdem wird solchen Arbeitnehmern, die aus „schlimm  
entwickelnden Interessenvertretungen“ aus-  
scheiden und sich „schwarzweihroten Interessenvertretun-  
gen“ anschließen, besondere Unterstützung versprochen.

Ein weiterer Teil der „sozialen Arbeit“ des Stahlhelms  
ist die Werbung für die Technische Hilfe. Jedes  
Mitglied, das in den Stahlhelm eintritt, wird auch zum Ein-  
tritt in die Technische Hilfe angehalten, über die das  
Stahlhelmführer-Handbuch in einem umfassenden Aufsatze ein-  
gehend referiert. Der Artikel enthält Berührungspunkte der  
Republik schimmiger Sorte, mit denen man — wenn man  
will — ein Duzend Staatsanwälte beschäftigen kann.

Was will der Stahlhelm aber an die Stelle der demo-  
kratischen Republik und der Weimarer Verfassung setzen?  
Das Bundesblatt des Stahlhelms gibt hierauf die Antwort  
durch den „Entwurf“ einer Reichsverfassung im künftigen  
„Stahlhelmstaat“:

„Durch den Ausbau der Verfassungsstände, deren  
Sprache die Ständekammer ist, sollen den politischen Par-  
teien wirtschaftsgeographische Kräfte entgegen-  
gesetzt und das Parteiwesen gereinigt werden. Der Reichs-  
tag, künftig aller wirtschaftspolitischen Fragen entleert,  
soll lediglich zu den großen Fragen der Staatspolitik und  
für kurze Zeit einberufen werden. Die Abgeordnetenzahl  
soll um ein Drittel verringert werden. Mindestens 75  
Prozent aller Abgeordneten müssen Front-  
kämpfer gewesen sein. Das Vertrauensvotum  
für die Regierung soll außerordentlich verstärkt  
werden. Die Stellung des Reichspräsidenten  
ist unabhängig von Kabinett und Regierung  
zu gestalten. Der Beamten- und der Soldaten-  
stand haben als erste Diener des Staates besondere  
Bevorzugung zu genießen.“

Also: Zurück über das wilhelminische Kaiserreich, über  
Bismarck und den Freiherrn von Stein tief ins schwarze  
Mittelalter und in das absolutistische Königtum hinein! Eine  
Soldatenberrenschicht regiert das Volk, das stramm zu stehen  
und das Maul zu halten hat! Die Sozialpolitik im  
„Stahlhelmstaat“ ist dem angepaßt:

„Wir wünschen die Vererbung der Arbeits-  
mittel vom Vater auf den Sohn. Wir wollen,  
daß Invalidenversicherung, Altersversorgung, Krankentasse,  
Arbeitslosenversicherung Sache des einzelnen und seiner  
Standesvertretung sind. Es kann nicht Sache des  
Staates sein, Almosen zu geben.“

Also: Weg mit dem Arbeitnehmerkampf! Freie Bahn  
für die Ausbeutung des Kapitals!

Der „Verfassungsentwurf“ des Stahlhelms wird  
im Stahlhelmführer-Handbuch durch den Stahlhelm-  
geschäftsführer Selmut Krause würdig ergänzt,  
der mit diesen Worten der Stahlhelmschelte das  
Wort redet:

„Die vollständige Verhinderung des Sozialismus,  
Kommunismus und Kapitalismus gewährleistet allein eine  
Diktatur. Sie wird einen Führer haben, der durch  
seine Brutalität und Belastung mit blutiger  
Arbeit die Mission der Diktatur erfüllen wird, als un-  
umgängliche Notwendigkeit ihrer kurzfristigen, blutigen  
und mutigen Herrschaft.“

Der Mann zeigt wenigstens ziemlich unverblümt die  
Marschierung auf, in der der Stahlhelm über sein „Volks-  
begehren“ hinweg marschieren will.

Dem republikanischen Deutschland, dessen